

Die Aufrüstung der Köpfe Neue Entwicklungstendenzen in der militärischen Forschung Von Rainer Rilling

1 Rüstungsforschung als Tabu

Die öffentliche Auseinandersetzung um die verschiedensten Probleme der Anwendung von Wissenschaft gehört zum Alltag der Bundesrepublik, ob es sich um Fragen der Rationalisierung, der Ökologie oder der Energieversorgung handelt. Daher verwundert auf den ersten Blick umso mehr, daß der unter Aufwands- und Folgeaspekten bedeutungsvollste Fall der Wissenschaftsanwendung weiterhin nahezu vollständig tabuisiert ist: die Mobilisierung von Wissenschaft und Forschung für Rüstung, Militär und Krieg. Hieran sind freilich nicht nur die unmittelbar betroffenen Wissenschaftler beteiligt, sondern vor allem auch jene staatlichen Einrichtungen und deren politische Repräsentanten, denen eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit obliegt. Diese Mutmaßung läßt sich durch eine Inhaltsanalyse des neuesten „Bundesbericht Forschung 1984“ unschwer belegen, der als das zentrale Dokument der staatlichen Wissenschaftspolitik gelten kann. Das Darstellungsmuster der militärischen Forschung läßt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Der Bericht vermeidet es durchgängig, die Verwissenschaftlichung des Militär- und Rüstungswesens als ein relevantes oder gar primäres Ziel der Forschungspolitik in der BRD zu benennen. Als die „großen Ziele der Forschungs- und Technologiepolitik“ werden genannt nur die Erkenntniserweiterung, Ressourcen- und Umweltschonung sowie menschengerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Weder hier noch bei der Aufzählung der Prioritäten der For-

schungsförderung wird das Militär- und Rüstungswesen erwähnt (1).

2. Der Umfang der Darstellung entspricht in keiner Weise dem Gewicht des Förderungsbereiches. Der Bereich Wehrforschung und -technik wird auf knapp eineinhalb Seiten von 429 Seiten abgehandelt. Andere Förderungsbereiche mit weit geringerem Finanzvolumen werden wesentlich ausführlicher erörtert.
3. Die Qualität der Information ist äußerst dürftig. Eine präzise Programm- und erst recht Projektgliederung wird nicht vorgenommen; es fehlt eine Aufgliederung der Mittel nach Forschungsstufen (Kategorien). Von einer (die Industrie betreffenden) Tabelle (II/18) abgesehen, wird keine Aufgliederung der militärischen Forschungs- und Entwicklungs (FuE)-Mittel nach verbrauchenden Stellen gegeben, so daß zum Beispiel der Umfang der militärischen Drittmittelforschung an den Hochschulen oder die genaue Budgetaufgliederung solcher großer Forschungseinrichtungen unbekannt bleibt, die eine große Rolle innerhalb der Rüstungsforschung in der BRD spielen. Die militärische Wissenschaftskooperation innerhalb der NATO und vor allem die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den USA auf dem Militärsektor bleiben ungenannt; die entsprechende Zusammenstellung der Abkommen klammert den militärischen Bereich aus. Welche Disziplinen einem besonderen militärischen Interesse ausgesetzt sind – wie zum Beispiel die Informatik – läßt sich nicht erkennen. Daß militärische und/oder militärisch relevante FuE-Projekte auch von anderen zivilen Disziplinen gefördert werden, unterschlägt der Bericht; überhaupt wird das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Forschung nicht erörtert. Keine Informationen werden über den Zusammenhang von militärpolitischen bzw. -strategischen Zielsetzungen und Forschungsschwerpunkten gegeben. Auch über die – zum Beispiel ökologischen – Folgen der Rüstungsforschung und -technik und die ausstrahlenden Effekte auf andere Techniksektoren schweigt sich der Bericht – ganz im Gegensatz zu der ansonsten blühenden Rhetorik „besorgter“ Technologiefolgenabschätzung seitens des Bundesforschungsministeriums (BMFT) – vollständig aus. Der finanzielle Aufwand wird in geradezu verfälschender Weise heruntergepielt, eine Abschätzung des Umfanges der personellen Seite ist unmöglich. Wie viele Wissenschaftler für die Rüstung und das Militär tätig sind, kann man dem Bericht nicht entnehmen.
4. Militärische Forschung unterliegt auch in dem „Bundesbericht

